

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 128 — 1. Jahrgang

Saarbrücken, Samstag, 18. November 1933

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Noch nicht kriegsbereit
Seite 2

Schinderknechte des
Reichskanzlers
Seite 3

Die Eintopf-Sonntage
Seite 4

Ballade Kaiser Nero
Seite 6

Hitlers Weg zum Krieg

Neue Schädigung Deutschlands durch das außenpolitische Falschspiel der deutschen Diktatur — Erhöhtes Mißtrauen in Frankreich

Zeit 24 Stunden sieht die Welt außerhalb Deutschlands unter dem Eindruck eines in französische Hände gefallenen vertraulichen Dokumentes über die Ziele der deutschen Außenpolitik. Die deutsche Regierung hat sich zwar beeilt, ein Dementi gegen die „Legende“ loszulassen. Da sie aber nicht mag, den Inhalt des vom „Petit Parisien“ veröffentlichten streng vertraulichen Schriftstückes der deutschen Öffentlichkeit mitzuteilen und bis zur Stunde die gesamte deutsche Presse den Pariser Veröffentlichungen vorsichtig aus dem Wege geht, klingt das Dementi nicht sehr glaubhaft. Außerdem wird die Reichsregierung auch schwer bestreiten können, daß die in dem Geheimdokument aufgestellten außenpolitischen Ziele durchaus auf der Linie nationalsozialistischer Politik liegen, wie sie immer vertreten worden ist, ehe der Reichskanzler für gut befunden hat, seine wahren außenpolitischen Absichten zu tarnen.

Der „Petit Parisien“ gibt an, daß es sich um Instruktionen handelt, die vom deutschen Propagandaministerium nach Amerika gegangen sind. Das ist um so glaubwürdiger, als gerade auf dem ganzen amerikanischen Kontinent eine lebhafteste Werbetätigkeit der Nationalsozialisten einsetzt. Das Dokument gibt nur vertrauliche Instruktionen und Anweisungen, wie die Propaganda mit großer Vorsicht gehandhabt werden soll.

Die außenpolitischen Ziele Deutschlands werden wie folgt umrissen:

1. Frankreich ist Deutschlands unverdächtigster Gegner, wie Hitler in seinem Buch „Mein Kampf“ näher dargelegt hat.

2. Deutschland muß alles aufbieten, um die Beziehungen zwischen England und Frankreich zu stören, da England der mächtigste und für Deutschland gefährlichste Verbündete Frankreichs ist.

3. Deutschland bemüht sich bereits, die politischen und militärischen Bündnisse Frankreichs zu stören.

4. Deutschland ist bemüht, die Konsolidierung der Verhältnisse auf dem Balkan zu verhindern.

5. Deutschland ist nicht gewillt, sich noch länger dem Versailler Diktat zu beugen. Es beabsichtigt, eine Revision durch Verhandlungen zu erreichen, sieht aber auch „andere Wege“ in Betracht.

6. Nächstes Ziel ist die Rückgabe des Saargebietes. Das Reich hält trotz der Locarno-Verträge seine unveräußerlichen Rechte auf Elsass-Lothringen aufrecht.

7. Deutschland übt im Augenblick Polen gegenüber Zurückhaltung. Aber es gibt seine Forderungen gegen Polen nicht preis.

8. Das Endziel der nationalsozialistischen Außenpolitik bleibt die Rückgewinnung aller Gebiete mit deutscher Minderheit.

9. Die direkte Rückgabe der früheren deutschen Kolonien ohne Einmischung des Völkerbundes bleibt ein festes Ziel.

10. Das Reich verlangt unbedingte Gleichberechtigung in der Rüstung, ohne jede internationale Kontrolle.

Keines dieser Ziele bringt etwas Neues. Die Veröffentlichung wirkt nur deshalb so sensationell, weil sie in einem Augenblick erfolgt, der die deutsche Reichsregierung in Bemühungen zeigt, sich mit Polen zu arrangieren und in unmittelbare Verhandlungen mit Frankreich zu kommen. Die Bekanntgabe des Dokumentes wird die Stimmung in Frankreich noch ernster gestalten, als sie in der letzten Kammerdebatte zum Ausdruck kam. Sowohl Paul-Boncour wie Sarrault haben in ihren Reden gewisse Andeutungen über die Möglichkeit von Verhandlungen mit Deutschland gemacht. Sie haben aber sehr offen auch ihr Mißtrauen gegenüber den Methoden und Absichten der jetzigen Reichsregierung ausgesprochen. Immer wieder haben die französischen Staatsmänner darauf hingewiesen, daß deutsch-französische Verhandlungen nur im Rahmen der internationalen Öffentlichkeit geführt werden können und in den Völkerbund einmünden müßten. Daß Frankreich recht hat, diese Vorbehalte zu machen, beweist das jetzt an die Öffentlichkeit gezogene Dokument aufs neue. Auch ohne dessen Kenntnis gehörte nicht viel Kombinationsgabe dazu, um die Linien der nationalsozialistischen Außenpolitik auch unter dem Schleier der jetzt beliebten pazifistischen Phrasen zu erkennen. Jeder Deutsche, der weiß und danach handelt, daß eine deutsch-französische Verständigung mit einer allgemeinen europäischen Annäherung und Vereinigung verbunden sein muß, wird das unehrliche Spiel einer Regierung bekämpfen müssen, die Frankreich zu überbügeln sucht und nur erreicht, daß die europäische Atmosphäre noch mehr vergiftet wird.

England macht zwar große Anstrengungen, die Abrüstungskonferenz wieder in Gang zu setzen. Sir John Simon, der englische Außenminister und Paul-Boncour sind auf der Reise nach Genf. Gleichzeitig teilt das Reuters-Büro mit, daß in den bevorstehenden Genfer Besprechungen wahrscheinlich der Vorschlag erörtert werden wird, eine Zusammenkunft der Mächte des Sicherheitspaktes in Rom zu veranstalten. Wie aber bei dem berechtigten Mißtrauen zwischen Frankreich und Deutschland das Problem volle Gleichberechtigung für das Reich und gleichzeitig Sicherheitsgarantien für Frankreich gelöst werden soll, ist nicht abzusehen. Es deutet alles darauf hin, daß die Konferenz zum Scheitern verurteilt ist, besonders nachdem auch Italien sich mehr oder weniger auf die Stellung eines Beobachters beschränkt hat.

Wie eine soeben veröffentlichte Denkschrift der französischen Delegation für die Genfer Konferenz zeigt, legt Frankreich nach wie vor den größten Wert auf allgemeine unerwartete Rüstungskontrollen in jedem Lande. Da Frankreich diese Forderung mit einer „Probezeit“ für Deutschland verbindet, ist kaum daran zu zweifeln, daß sich unübersteigbare Hindernisse für eine Konvention ergeben, der auch Deutschland beizutreten geneigt ist. Nicht nur

die Rüstungskonferenz, auch der Völkerbund ist in einer schweren Krise. Dies, was im letzten Jahrzehnt international aufgebaut ist, steht vor der Gefahr des Zusammenbruchs.

„Brunnenvergiftung“

Das amtliche deutsche Dementi

Berlin, 18. Nov. Amtlich mitgeteilt: Der „Petit Parisien“ veröffentlicht eine angebliche Instruktion über die deutschen außenpolitischen Ziele, die an alle Auslandsvertretungen von einer hiesigen Propagandastelle gegangen sein soll. Diese angeblichen Instruktionen tragen so offensichtlich den Stempel freier Erfindung, daß ein Dementi, wie es hiermit in aller Form und in jeder Richtung gegeben wird, für einen einigermaßen kritischen Leser kaum erforderlich erscheint. Das Blatt ist offenbar auch seiner Sensationsmeldung wenig sicher, daß es seine Leser auf ein zu erwartendes Dementi schon vorbereitet.

Es ist im übrigen zu bedauern, daß gerade angehts der Entwicklung der letzten Tag ein weitverbreitetes französisches Blatt sich zu einer solchen Brunnenvergiftung hergibt.

Echt!

Paris, 17. November 1933.

Der „Petit Parisien“ nimmt heute zu dem amtlichen deutschen Dementi Stellung, indem er erklärt, daß er „auf das formelle“ die Echtheit des Dokumentes aufrechterhält. Er kündigt weitere Veröffentlichungen an.

„Später auch Deutschland“

Genf, 17. Nov. (Schweiz. Dep.-Matr.) In den Kreisen der Abrüstungskonferenz wurde am Donnerstag das Schreiben besprochen, das Präsident Henderson an alle an der Konferenz beteiligten Mächte gerichtet hat, um sie auf die schwierige Lage hinzuweisen. Tatsächlich ist zur Zeit in Genf ein vollständiger Stillstand in den Beratungen eingetreten, und die Blicke sind nach Berlin und Paris gerichtet.

In den Kreisen der britischen und italienischen Delegation würden Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich lebhaft begrüßt. Sollten diese jedoch in der nächsten Zeit nicht eingeleitet werden können, so würde, wie man in Völkerbundskreisen glaubt, der britische Ministerpräsident Macdonald möglicherweise die Initiative zu Besprechungen zwischen England, Frankreich und Italien ergreifen, zu denen später auch Deutschland hinzugezogen würde. Sowohl auf italienischer wie auf britischer Seite bestehe Bereitwilligkeit, Deutschland in Zukunft bezüglich seiner Forderungen nach Gleichberechtigung entgegenzukommen.

Die englischen Versuche

London, 17. Nov. (Eig. Bericht.) Die Gerüchte über die Meinungsverschiedenheiten in den vorgelagerten zwei sehr langen Kabinettsitzungen sind stark übertrieben. Es ergaben sich naturgemäß Differenzen über die Frage, wie die Abrüstungskonferenz wieder in Gang gesetzt werden könne, und Sir John Simon bekam zu hören, welche große Verantwortung er durch seine Taktik in Genf auf sich genommen habe. Es fanden dann lebhafteste telefonische Verhandlungen zwischen London, Paris, Genf und dem amerikanischen Gesandten in Bern statt, der den nach Amerika zurückgereisten amerikanischen Delegierten Norman Davis vertritt. Das Ergebnis ist, daß England bereit erscheint, Deutschland in der Frage der Gleichberechtigung mehr entgegenzukommen, als es nach den letzten Pariser Gesprächen der Fall war. Sir John Simon reiste sofort nach Paris, um Besprechungen mit Paul-Boncour aufzunehmen. Die Hoffnung, daß Frankreich zu einem größeren Entgegenkommen geneigt ist, ist gering. Die Enthüllungen des „Petit Parisien“ werden als ein Anzeichen des entschlossenen französischen Widerstandes gegen das englische Nachgeben aufgefaßt.

Die Samuel-Liberalen im englischen Unterhaus haben beschlossen, in Opposition zu gehen.

Der Organisations- und Redaktionsausschuß der neuen sozialistischen Partei hat gestern abend beschlossen, dem am 2. Dezember in Paris zusammentretenden Kongress für die Partei den Namen Sozialistische Partei Frankreichs (Union Jean Jaures) vorzuschlagen. Zum Generalsekretär der Partei wurde der Abg. Dent vorgeschlagen.

Amtlich!

An alle Zeitungen des Saargebiets Die Regierungskommission teilt mit:

Im Anschluß an die im Amtsblatt des heutigen Tages veröffentlichte Verordnung betreffend Änderung und Ergänzung des preussischen Gesetzes über die Handelskammern hält es die Regierungskommission für erforderlich, zur allgemeinen Information der Bevölkerung folgendes bekanntzugeben:

Es ist von einem Teil des Landesrates wie auch von der Handelskammer Saarbrücken behauptet worden, daß die in Frage stehende Verordnung den Bestimmungen des Saarstatuts widerspreche, da die Handelskammer eine unter § 28 fallende „örtliche Vertretung“ sei. Hierzu ist zu bemerken: Nach § 440 des Friedensvertrages ist der französische und englische Text des Vertrages maßgebend.

Die in Frage kommenden Stellen des § 28 lauten:
a) im französischen Text: „Assemblees locales“,
b) im englischen Text: „Local assemblies“,
c) in der amtlichen deutschen Uebersetzung: „örtliche Vertretungen“.

Unter „Assemblees locales“ (local assemblies) können im Gegensatz zu der nicht vollst. erscheinenden deutschen amtlichen Uebersetzung lediglich politische Versammlungen, die ihren Sitz im Saargebiet haben, wie Kreisstage, Bezirkstage, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeinderäte verstanden werden. Allein zu diesen Versammlungen soll nach § 28 das Wahlrecht uneingeschränkt ausgedehnt werden, während andererseits zu politischen Versammlungen (Landtag, Reichstag usw.), die außerhalb des Saargebietes ihren Sitz haben, ein aktives Wahlrecht nicht ausgedehnt werden darf.

Die unter 2. gegebene Interpretation ist bis jetzt allgemein geteilt worden. Dabei beschränkt sich die Regierungskommission darauf, auf folgende beispieldeweise angeführte Literatur hinzuweisen: Dokumente, betreffend Entstehung der Bestimmungen des Friedensvertrages, veröffentlicht im Weisbuch der Deutschen Regierung (S. 9-15), ferner auf Audres, Die Grundlage des Rechts im Saargebiet (S. 61 und 62) Prion, Le Territoire de la Sarre (S. 33), Courcier, Le Statut internationale du Territoire de la Sarre (S. 59 und 60) usw.

Die Handelskammer ist aber keine politische Versammlung im Sinne des § 28, sondern eine Vertretung von Handel und Industrie. Sie wird auch nicht im Wege des allgemeinen, in § 28 allein für politische Versammlungen vorgesehenen Wahlrechts gewählt, sondern lediglich durch Wähler ihres Interessenskreises.

